

(A) (C)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich rufe die Zusatzpunkte 1 bis 3 auf:

ZP 1 Vereinbarung Debatte
zur vorgesehenen Änderung der vertraglichen Grundlagen der EU

ZP 2 Beratung des Antrags der Abgeordneten Markus Löning, Dr. Werner Hoyer, Michael Link (Heilbronn), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

EU-Regierungskonferenz schnell zum Erfolg führen

– Drucksache 16/5882 –

Überweisungsvorschlag:
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
 Auswärtiger Ausschuss
 Rechtsausschuss
 Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

ZP 3 Beratung des Antrags der Abgeordneten Rainer Steenblock, Jürgen Trittin, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

EU-Regierungskonferenz – Für eine handlungsfähige und demokratische EU

– Drucksache 16/5888 –

Überweisungsvorschlag:
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Dr. Angelica Schwall-Düren für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Veronika Bellmann [CDU/CSU])

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Das ist eine ungewöhnliche Zeit für eine Debatte über ein so wichtiges Thema wie das Ergebnis des EU-Gipfels zur Vertragsänderung. Ich freue mich deswegen umso mehr, dass Sie, Frau Bundeskanzlerin, Herr

(B) (D)

Dr. Angelica Schwall-Düren

- (A) Vizekanzler und Herr Außenminister, an dieser Debatte teilnehmen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Iris Gleicke [SPD]: Der Wichtigkeit des Themas angemessen!)

Das unterstreicht die Wichtigkeit des Themas, über das wir heute noch einmal sprechen wollen, obwohl die Ergebnisse des Gipfels in der Öffentlichkeit offensichtlich schon wieder etwas in den Hintergrund getreten sind.

Wir erinnern uns, dass die Aussprache zur Regierungserklärung vor dem Regierungsgipfel von **Zweifel und Bangen** geprägt war. Wir haben uns gefragt, ob dieser Gipfel wirklich zum Erfolg führen kann. Natürlich hatten wir Hoffnung, aber die Gipfeldramatik hat uns zwischendurch erneut zittern lassen.

Eines müssen wir festhalten: In einer Hinsicht ist der Gipfel gescheitert. Es gibt keine europäische Verfassung. Dies wussten wir allerdings schon vor dem Gipfel. Das, was wir mit einer Verfassung verbunden hätten, nämlich den Enthusiasmus für die Europäische Union zu steigern, den Zusammenhalt zu stärken und die politische Vertiefung in einer größeren EU zustande zu bringen, können wir jetzt nicht auf diesem Wege, also nicht mithilfe einer Verfassung, voranbringen. Dennoch dürfen wir sagen, dass dieser Gipfel ein großer Erfolg gewesen ist. Denn er bedeutet Aufbruch. Die Blockade ist durch das Mandat für die Regierungskonferenz zur Vertragsänderung aufgelöst.

- (B) Übrigens möchte ich daran erinnern, dass die gesamte deutsche EU-Ratspräsidentschaft aus unserer Sicht ein **großer Erfolg** gewesen ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dafür möchten wir Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, danken, aber auch allen Ministern und Ministerinnen des Kabinetts; ich kann sie nicht alle aufzählen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Warum nicht?)

Sie werden verstehen, dass ich nur ein paar Einzelne nenne.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Wir wollen sie alle hören! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fangen Sie mit Michel Glos an!)

– Ich meinte, ich kann nicht alle Minister und deren Erfolge, die sie im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft erreicht haben, aufzählen.

Mir ist es wichtig, an ein paar wenige Punkte zu erinnern, zum Beispiel daran, dass die Justizministerin Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher erreicht hat, beispielsweise in Fragen des grenzüberschreitenden Schadensersatzes. Es war wichtig, dass der Wirtschaftsminister die Senkung der Handygebühren erreicht hat.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Der Klimaschutz hat einen ganz entscheidenden Schub bekommen durch die Vereinbarungen, die in Zusammenarbeit zwischen Umwelt-, Wirtschaftsminister und Bundeskanzlerin erreicht worden sind. Mir ist auch sehr wichtig, dass auf der europäischen Ebene die Debatten über die soziale Dimension durch die Aktivitäten unseres Arbeits- und Sozialministers Franz Müntefering verstärkt worden sind. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Thematisierung des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells, der guten Arbeit, der Teilhabe der Menschen, vor allen Dingen auch der benachteiligten, ist hier ganz besonders zu erwähnen. Nicht zuletzt möchte ich unseren Außenminister nennen, der unter anderem erreicht hat, dass das Nahostquartett reaktiviert worden ist

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und dass die Zentralasienstrategie auf die Agenda gesetzt wurde. Ich möchte hier jetzt nicht alles im Einzelnen schildern. Er hat auch sehr viel Arbeit im Hintergrund dafür geleistet, dass dieser Gipfel letztendlich zum Erfolg geführt hat.

Damit will ich zur Vertragsreform zurückkommen. Ganz entscheidend ist – ich meine, wir müssen das noch einmal unterstreichen – die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union durch einen **Ratspräsidenten**, der über zweieinhalb Jahre die Leitung der Europäischen Union übernimmt. Es gibt eine weitere Stärkung durch den EU-Außenminister; ich nenne ihn so, auch wenn er diesen Namen nicht bekommt. Durch seinen Doppelhut stellt er eine enge Verbindung zwischen Rat und Kommission her und ist eine Voraussetzung – keine Garantie, aber eine Voraussetzung – dafür, dass wir mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vorankommen. (D)

Selbstverständlich ist uns das Mehr an Demokratie, das wir durch diese Vertragsreform erreichen können, ganz besonders wichtig. Das Europäische Parlament wird gestärkt, wir bekommen ein europäisches Bürgerbegehren, und auch die nationalen Parlamente werden gestärkt. Das ist deshalb wichtig, weil durch die Vertragsreform die Transparenz eher gemindert worden ist; die Komplexität des Textes schafft wenig Durchschaubarkeit. Deswegen brauchen wir die nationalen Parlamente. Sie sind nicht nur als Frühwarnsysteme und zur Subsidiaritätskontrolle wichtig, sondern sie können auch dazu beitragen, dass die europäische Politik von der nationalen Ebene aus mitgestaltet wird.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns in der SPD-Bundestagsfraktion war besonders wichtig, auch formell das Einvernehmen mit der Regierung hinsichtlich der Einberufung einer **Regierungskonferenz** festzustellen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gut, dass ihr die Opposition habt!)

Dr. Angelica Schwall-Düren

- (A) Nun müssen wir das auf eine Sitzung im Herbst verschieben. Aber wir wollen schon heute anmelden: Es ist uns sehr wichtig, dass der Bundestag eingebunden wird und dass wir unsere Rechte in Anspruch nehmen können.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufgabe des Bundestages und der nationalen Parlamente insgesamt ist es, über jeden einzelnen Rechtssetzungsakt und seine Auswirkungen einen Dialog bzw. eine Auseinandersetzung zu führen. Das bringt Europa den Bürgern näher und macht Europa greifbarer. Aber ich glaube, dass wir auch in unseren eigenen Reihen und mit unseren Kollegen aus den anderen Parlamenten über die Gesamtrichtung der Europäischen Union diskutieren müssen. Wir brauchen eine größere Bereitschaft, Europa zu gestalten. Erneute Versuche, unsere Gemeinsamkeit zu verhindern, brauchen wir nicht.

Der Erfolg ist noch nicht gesichert. Aber ich denke, dass das enge Mandat für die portugiesische Ratspräsidentschaft eine gute Voraussetzung ist, um dafür zu sorgen, dass der Text letztendlich beschlossen werden kann. Allerdings steht noch viel Detailarbeit an. Wir können uns nicht sicher sein, dass einzelne Mitgliedstaaten – ob Großbritannien oder Polen – nicht erneut den Versuch unternehmen werden, Veränderungen des Textes herbeizuführen.

- (B) Ich möchte insbesondere in Richtung unseres großen polnischen Nachbarn sagen: Wir brauchen ein selbstbewusstes **Polen**, das zu konstruktiver Mitarbeit bereit und nicht von fortlaufendem Misstrauen gegenüber der Europäischen Union geprägt ist. Dieses Misstrauen steht übrigens nicht im Einklang mit der Auffassung der polnischen Bevölkerung, die heute in einem Ausmaß wie nie zuvor, nämlich zu fast 90 Prozent, hinter der Europäischen Union und ihrer vertraglichen Weiterentwicklung steht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich bin froh, dass viele dabei geholfen haben, dieses Mandat über diese Hürde zu heben. An dieser Stelle möchte ich Italien, vor allen Dingen aber Frankreich erwähnen, das auf der europäischen Bühne zurück ist. Ich hoffe, dass das Weimarer Dreieck auch in Zukunft ein Format sein wird, mit dem wir die EU in einem positiven Sinne weiterentwickeln.

Die Ratifizierung muss gelingen. Die kommenden Monate werden darüber entscheiden, welchen Weg die EU gehen wird: ob es ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten oder ob es ein gemeinsames und starkes Europa geben wird, das einen positiven Beitrag dazu leisten kann, dass die Konflikte in der Welt gelöst und die großen Herausforderungen, zum Beispiel im Bereich des Klimaschutzes, wirklich angegangen werden.

Europa kann und muss als Chance begriffen werden. In diesem Sinne wünschen wir der portugiesischen Ratspräsidentschaft von dieser Stelle aus alles Gute für das Gelingen der Regierungskonferenz und der Ratspräsidentschaft insgesamt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Markus Löning für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Markus Löning (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich will zu Beginn das aufnehmen, was Sie, Frau Schwall-Düren, hier zur **Beteiligung des Deutschen Bundestages** gesagt haben. Ich muss sagen, es ist schon beschämend für den Deutschen Bundestag, dass wir anstelle der Befragung der Bundesregierung eine vereinbarte Debatte führen müssen. Ich hätte es für eine politische Selbstverständlichkeit gehalten, dass nach Abschluss der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, nach Abschluss des Europäischen Rates die Bundeskanzlerin und der Außenminister vor dem Deutschen Bundestag eine Regierungserklärung abgeben und sich der Debatte stellen. Ich verstehe das nicht.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle rede ich von einer politischen Selbstverständlichkeit, noch nicht einmal von der **Vereinbarung**, die wir getroffen haben.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Auf die trifft es auch nicht zu!)

– Lieber Herr Kauder, es trifft sehr wohl auf die Vereinbarung zu.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nein, überhaupt nicht!)

– Ich bin in der Schlussphase an den Verhandlungen über diese Vereinbarung beteiligt gewesen. Herr Kauder, aus Ihrer Fraktion kam das dringende Anliegen, dass in jeder Frage der Vertragsänderung und in jeder Frage der europäischen Erweiterung vorher der Deutsche Bundestag befasst wird,

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Informiert wird!)

und er wird nicht befasst in diesem Fall.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich verstehe das nicht. Ich verstehe auch nicht das Parlamentsverständnis, das dahinter steht, dass der Deutsche Bundestag vorher nicht damit befasst wird. Wir haben ein Ergebnis der deutschen Ratspräsidentschaft, wir haben ein Mandat,

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Zu was reden Sie?)

und wir würden diesem Mandat zustimmen; wir sind ja dafür, dass die Regierungskonferenz durchgeführt wird. Ich verstehe nicht, warum die Vereinbarung, die mit viel

(C)

(D)

Markus Löning

- (A) Mühe verhandelt worden ist und die dem Deutschen Bundestag auf europäischer Ebene mehr als Informationsrechte, nämlich echte Mitwirkungsrechte gegeben hätte, hier und heute in die Tonne getreten wird. Ich halte das für inakzeptabel.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Kommen Sie einmal zur Sache!)

Diese Vereinbarung war dazu gedacht, die demokratischen Rechte der Abgeordneten zu stärken, die Mitsprache des Deutschen Bundestages zu stärken; aber sie war auch dazu gedacht, dass mehr Transparenz in die europäische Debatte kommt, Herr Kauder,

(Ernst Burgbacher [FDP]: Jawohl!)

dass wir hier öffentlich debattieren, was in Europa passiert, um zu verhindern, dass – wie sonst immer – in Brüssel hinter verschlossenen Türen debattiert wird und die Bürger nicht nachvollziehen können, was passiert. Wir wollen die Debatten hier im Plenum führen, vor den Augen der deutschen Öffentlichkeit. An dieser Stelle verweigert die Bundesregierung die Erfüllung der Vereinbarung. Das finde ich nicht nur schade, das ist eine Schande, das ist ein Schlag ins Gesicht des deutschen Parlamentes.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Lassen Sie mich zu den Inhalten dessen, was der Europäische Rat vereinbart hat, einiges sagen: Wir begrüßen außerordentlich, dass diese Einigung erreicht worden ist. Es ist gut, dass es dieses Mandat gibt; das steht außer Zweifel. Wir haben uns dadurch, dass wir mit unseren internen Angelegenheiten nicht zu Potte gekommen sind, zum Gespött der Bürger und auch zum Gespött unserer Partner in Übersee gemacht. Frau Kanzlerin, ich möchte wiederholen, was ich gerade im Ausschuss gesagt habe: Ich finde es sehr wichtig, dass diese Einigung gemeinsam erreicht worden ist, mit allen 27 Mitgliedern; dass niemand von Bord gegangen ist; dass niemand am Rande stehen gelassen wurde. Das ist immer der Geist gewesen, der die EU geprägt hat. Das war mit 6 oder 9 oder 12 einfach, das ist mit 27 selbstverständlich viel schwieriger. Aber wir erkennen an, dass es Ihnen und den anderen Regierungschefs gelungen ist, alle 27 an Bord zu halten. Das ist ein Wert an sich.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte nun auf den einen oder anderen Wermutstropfen hinweisen. Der **faire und unverfälschte Wettbewerb** ist auf Wunsch von Herrn Sarkozy aus den Zielen der Europäischen Union gestrichen worden. Nun ist ja bekannt, dass Frankreich das sozialistischste aller sozialistischen Länder ist, egal wer da regiert.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das können Sie Sarkozy nicht nachsagen!)

– Ja. Aber was das Staatsverständnis angeht, ist das durchaus so, Herr Trittin; da hilft keine Wortklauberei, der Wettbewerb sei nur ein Instrument zur Sicherstellung

usw. – Ich glaube, dass wir hier ein Stück vor einem Paradigmenwechsel stehen. (C)

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: „Ein Stück vor einem Paradigmenwechsel“?)

Das Wort „Marktwirtschaft“ tauchte schon in der Berliner Erklärung nicht auf. Doch die Marktwirtschaft ist ein Kernelement der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Union gewesen. Der Wettbewerb hat dafür gesorgt, dass immer mehr Bürger Zugang zu neuen Dienstleistungen und neuem Wohlstand erlangt haben. Es war ein konstitutives Element der europäischen Einigung, dass wir unsere Märkte geöffnet haben. Hätten wir die Kommission, die den Zielen der Union verpflichtet ist, in den letzten Jahren nicht als Hüterin der Verträge gehabt, dann würden wir hier – auch darüber müssen wir uns klar sein – immer noch mit Telefonen mit Drehscheiben telefonieren.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Wir nicht!)

– Sie vielleicht nicht. Ich weiß nicht, wie Sie zu Hause telefonieren. Mir würde da einiges einfallen.

Es ist aus unserer Sicht ein schwerer Fehler, dass das gestrichen worden ist. Wir wünschen uns und werden in Zukunft darauf dringen, dass die Europäische Union auch weiterhin eine marktwirtschaftliche Union ist. Gerade in der Sicherstellung des Wettbewerbs zugunsten der Verbraucher sehen wir ein wichtiges Element der sozialen Dimension der Europäischen Union.

(D) Das Europäische Parlament wird einige Rechte mehr erhalten. Wir haben heute erlebt, dass sich die nationalen Parlamente ihre Rechte werden erkämpfen müssen. Im Vergleich zum Verfassungsvertrag wird die **Subsidiaritätskontrolle** künftig etwas anders aussehen. Wir brauchen ein größeres Quorum. Statt wie vorgesehen sechs Wochen, haben wir jetzt zwar acht Wochen Zeit, aber wir müssen die Hälfte der Parlamente – das sind 14 – davon überzeugen, diese Einrede zu erheben. Ich weiß nicht, ob ich das als eine Stärkung der nationalen Parlamente im Bereich der Subsidiarität ansehen kann.

Auf jeden Fall müssen wir Parlamentarier – das ist völlig unabhängig von diesem Reformvertrag – unsere Regierung bei dem, was sie im Ministerrat tut, deutlich strenger kontrollieren. Wir müssen der Regierung von hier aus mehr Berichte und klarere Stellungnahmen abfordern, ihr die Hände auch ein Stück weit binden und Richtungen dafür vorgeben, wie verhandelt werden soll. Das ist allerdings keine Frage des Vertrages, sondern eine Frage des Selbstbewusstseins dieses Hauses.

Das **Prinzip der doppelten Mehrheit** wird erst 2014 eingeführt. Darüber kann man nun Tränen vergießen. Ich hätte dies gerne früher erreicht; denn damit wird endlich ein wichtiges Element in die Verträge eingeführt, das unserem Demokratieverständnis entspricht, nämlich das Verhältnis One Person, One Vote. Wir sind noch nicht ganz am Ziel, aber wir gehen zumindest in diese Richtung. Wir sagen, dass die Union nicht nur eine Union der Staaten, sondern auch der Bürger ist. Deshalb ist es

Markus Löning

- (A) selbstverständlich, dass es zumindest annäherungsweise in diese Richtung geht.

Es ist schade, dass das noch nicht erreicht wurde, aber ich denke, es ist auch durchaus verständlich, dass **Polen** an dieser Stelle für sein eigenes Anliegen gekämpft hat. Das kann man hier mit Häme übergießen, man kann das aber auch lassen. Ich glaube, es ist wichtig zu erkennen, dass die Polen für ihr Anliegen gekämpft haben. Über die Mittel kann man streiten. Für uns Deutsche ist es wichtig, dass die Polen an Bord geblieben sind. Am Ende des Tages kommt es darauf an, dass wir unser Verhältnis zu Polen wieder auf die Reihe bekommen. Das sind unsere Nachbarn, und sie werden es auch noch sein, wenn die Kaczynskis längst nicht mehr an der Macht sind.

Zum Schluss noch eine Bemerkung: Der Zeitplan ist sehr ambitioniert, es ist aber unerlässlich, dass er eingehalten wird. Wir brauchen 2009, wenn das Europäische Parlament gewählt wird, eine neue Grundlage. Der nächste Kommissionspräsident soll vom Europäischen Parlament gewählt werden. Das wäre ein sichtbares Zeichen nach außen, dass es gelungen ist, Europa zu reformieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Gunther Krichbaum das Wort.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, dass ich hier zunächst einmal das aufgreife, was Herr Kollege Löning eingangs gesagt hat.

Herr Kollege Löning, lassen Sie die Kirche doch einmal hübsch im Dorf. Wir wurden seitens der Bundesregierung beispielsweise dadurch unterrichtet, dass Herr Außenminister Steinmeier kürzlich – unmittelbar vor der Ratssitzung – bei uns im Ausschuss war. Unmittelbar danach wurden wir ebenfalls von Herrn Außenminister Steinmeier durch einen Brief an Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Lammert informiert. Sie haben vorhin erwähnt, was Sie im Ausschuss gesagt haben. Sie hätten aber ruhig hinzufügen können, dass auch unsere Bundeskanzlerin an der Ausschusssitzung teilgenommen und auf alle Fragen Rede und Antwort gestanden hat.

(Markus Löning [FDP]: Dafür sind Sie ja da!)

Insofern sind wir alle zuversichtlich, dass diese **vertrauensvolle Arbeit** fortgesetzt werden kann. Alle gegenteiligen Vermutungen sind, glaube ich, völlig fehl am Platz. Ich denke, dass gerade die jetzige Bundesregierung unter Beweis gestellt hat, wie eng das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament sein kann. Ich hätte mir gewünscht, dass das auch in den vergangenen Jahren der Fall gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Mit der heutigen Debatte zu den vorgesehenen Änderungen der vertraglichen Grundlagen der EU wird zunächst die Frage nach den Chancen, Ausblicken und Perspektiven Europas insgesamt aufgeworfen. Verkürzt ließe sich feststellen, dass wir immer die Perspektiven haben, die wir uns selber geben und dass sich diese Perspektiven aus Visionen entwickeln. Eine dieser Visionen war unzweifelhaft die einer **europäischen Verfassung**.

Nach Monaten zäher Verhandlungen im Konvent wurde schließlich ein Kompromiss gefunden, den im Übrigen damals alle Staats- und Regierungschefs unterzeichnet und mitgetragen haben, der aber in der Folgezeit mehr und mehr infrage gestellt wurde. Er wurde so sehr infrage gestellt, dass wir letzten Endes erhebliche Schwierigkeiten hatten.

An dieser Stelle müssen wir uns in Erinnerung rufen, wo wir noch vor einem halben Jahr standen. Alle Positionen gingen auseinander. Auf die deutsche Ratspräsidentschaft kam eine Herkulesaufgabe zu. Ich denke, dass seitdem unglaublich viel gelungen ist, und zwar deshalb, weil die Bundesregierung – auch im Umgang mit kleineren Mitgliedstaaten – konsequent, besonnen und mit Bedacht gehandelt hat. An dieser Stelle sei vor allem den zahlreichen Mitarbeitern im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt gedankt, die daran Anteil hatten.

Die Bundesregierung hatte die Aufgabe – auch das darf man in Erinnerung rufen –, einen Fahrplan vorzulegen. Sie hatte dabei den Ehrgeiz, sich sozusagen nicht alleine mit den Abfahrtszeiten der Züge zufriedenzugeben; sie wollte vielmehr klären, wohin die Reise tatsächlich geht. So konnte am Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein Konzept vorgelegt werden, das die Hindernisse aus dem Weg geräumt hat. Ich würde sagen, 80 Prozent der Aufgaben sind gelöst. Aber wir sind sicherlich alle zuversichtlich, dass die portugiesische Ratspräsidentschaft mit Engagement auch die letzten 20 Prozent – dabei wird der Teufel im Detail liegen – lösen wird.

(D)

Erlauben Sie mir, als Parlamentarier den Blick zurückschweifen zu lassen. Ja, wir wollten eine Verfassung. Wir haben zwar letztlich keine Verfassung bekommen; es ist aber doch deutlich mehr als eine Gebrauchsanweisung für Europa. Denn ohne das Ergebnis, das wir letzten Endes erzielt haben, wäre Europa handlungsunfähig gewesen. Es ist das Verdienst dieser Bundesregierung, dass wir die Europäische Union, die in diesem Punkt auf der Stelle trat, aus dieser Lähmung befreien konnten und wieder eine Perspektive haben, wie es weitergehen soll.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zu einer Verfassung hätte auch eine Präambel gehört, in der ein Wertekanon für die Europäische Union zusammengefasst ist. Symbole wie eine Flagge und eine Hymne hätte ich persönlich ebenfalls sehr begrüßt, aber dies scheiterte am Widerstand anderer, die die Entstehung eines europäischen Superstaats befürchteten.

Gunther Krichbaum

- (A) Letztlich ist es aber gelungen, einen wesentlichen Teil zu integrieren, der zunächst auf der Kippe gestanden hatte. Wir konnten nämlich das Element der **Grundrechtcharta** und damit die Substanz dessen, was wir für unabdingbar halten, retten.

Frau Bundeskanzlerin, ich denke, vieles ist Ihrem persönlichen Einsatz zu verdanken, ohne den wir es mit Sicherheit nicht geschafft hätten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

An die Konsequenzen, die sich aus einem Scheitern ergeben hätten, wollen wir besser nicht denken.

Lassen Sie mich auf einige **Neuerungen** eingehen, die der Kompromiss, der Grundlagenvertrag, wie er wahrscheinlich heißen wird, bringen wird. Wir bekommen die doppelte Mehrheit. Es ist ein kluger Kompromiss, dass in Zukunft 55 Prozent der Mitgliedstaaten, die 65 Prozent der Bevölkerung repräsentieren müssen, ausreichen, um eine Entscheidung zu treffen. Damit ist Europa handlungsfähiger geworden. Die Bürger wollen nicht, dass Blockaden aufgebaut werden, sondern dass wir in der Behandlung ihrer Probleme weiterkommen. Wir haben Erfolge in den zentralen Bereichen Justiz und Inneres erzielen können, eine Domäne nationaler Souveränität. Auch hier ist es gelungen, die übrigen Mitgliedstaaten davon zu überzeugen, dass dann, wenn die Probleme internationaler werden, auch die Lösungsansätze internationaler werden müssen, dass das Zeitalter der Globalisierung, in dem wir leben, globalisierte Bedrohungslagen zur Folge hat und dass wir auf Fragen betreffend den internationalen Terrorismus nicht mehr national reagieren können.

(B)

Das wird in Zukunft der **Leitfaden** in Europa sein: Europa wird sich mehr denn je um die Dinge kümmern, die über die Kraft der einzelnen Nationalstaaten hinausgehen – hier ist Europa mehr denn je gefordert. Aber getreu dem Subsidiaritätsprinzip müssen wir das, was die Mitgliedstaaten und die Regionen selbst lösen können, in deren Hand belassen. Das schafft Vertrauen bei den Bürgern, aber auch die notwendige Handlungsfähigkeit bei unseren Institutionen.

Auch die **nationalen Parlamente** wurden aufgewertet. Schließlich ist es in Zukunft möglich, dass dann, wenn 50 Prozent der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten Kommissionsvorschläge, mit denen sie nicht einverstanden sind, infrage stellen, die Kommission ihren eigenen Vorschlag überprüfen, notfalls begründen oder sogar zurückziehen muss, wenn das Europäische Parlament einen entsprechenden Beschluss fasst. Das zeigt: Die Rechte der Parlamentarier insgesamt werden durch den neuen Grundlagenvertrag deutlich gestärkt; das ist das Erfreuliche. Das sollten wir nicht kleinreden; denn bei alledem, was nicht berücksichtigt werden konnte, dürfen wir nicht in einen Minimalismus verfallen. Es ist viel gelungen, mehr, als wir zu träumen gewagt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Markus Löning [FDP]: Langweilige Träume, die Sie haben!)

(C) Es liegt in der Tat nun an uns, das mit Leben zu füllen; denn wenn die nationalen Parlamente mehr Einfluss bekommen, dann müssen sie sich auch dieser Herausforderung stellen. Das heißt, nicht nur das Frühwarnsystem kommt auf uns zu. Vielmehr haben wir es in Zukunft in der Hand, zu vielen Angelegenheiten nicht nur Stellung zu nehmen. Wir müssen in Zukunft unsere Aufgaben deutlich früher wahrnehmen. Deswegen ist es wichtig, dass sich die europäischen Institutionen, der Bundestag und das Europäische Parlament deutlich stärker miteinander verzahnen.

Europa wäre aber nicht komplett, wenn wir uns nur mit den Fragen hinsichtlich der Institutionen aufhielten. Deswegen bin ich persönlich sehr froh, dass wir am Ende den Grundlagenvertrag haben werden und wir uns wieder den Problemen, die die Bürger bewegen, zuwenden können. Die **Globalisierung** wirft viele Fragen auf, gerade im Hinblick auf unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Herr Müntefering. Wir müssen aber an dieser Stelle deutlich machen, dass wir als exportorientierte Nation überproportional profitieren, wenn neue Märkte entstehen, namentlich in Osteuropa. Auch hier warten gewaltige Herausforderungen auf uns. Zu diesem Schluss komme ich, wenn ich beispielsweise an die **Konfliktherde** denke, die Sie, Herr Außenminister Steinmeier, jüngst im Europaausschuss thematisierten. Ich denke speziell an die Kosovoproblematik. Wir haben ein großes Interesse daran, dass hier stabile Strukturen geschaffen werden, die über den Tag hinaus halten; denn alles andere – es ist schon genügend Fragilität vorhanden – wird uns eines Tages in Deutschland einholen. Wir müssen uns genau deswegen als Europäer in diesen Fragestellungen engagieren und dürfen es nicht alleine unseren amerikanischen Freunden und Partnern überlassen, genauso wenig wie unseren russischen Partnern; denn wir werden von diesen Dingen ganz anders betroffen sein.

(D)

Wir stehen vor Herausforderungen im Bereich der **Energiekooperation**. Auch das bewegt die Menschen, und auch an der Stelle können wir sehen, dass in Europa tatsächlich **Solidarität** gefordert ist. Diese Solidarität darf unser Nachbarland Polen gegenwärtig spüren. Wir wissen um die Werte der Europäischen Union und werben dafür, weil Solidarität natürlich auch keine Einbahnstraße ist. Wenn das politische Europa an dieser Stelle zusammenbleibt, dann werden wir eine der Sternstunden Europas erleben, weil wir immer dann erfolgreich sind und sein werden, wenn wir mit einer Stimme sprechen. Das zeigte sich zuletzt, Frau Bundeskanzlerin, beim G-8-Treffen in Heiligendamm. Es wäre nicht gelungen, die Klimaschutzziele gegenüber den USA durchzusetzen – auch hier darf man sich daran erinnern, wo wir vor Heiligendamm standen –, wenn wir nicht mit einer Stimme gesprochen hätten. Wenn Europa mit einer Stimme spricht, wird es nicht nur glaubwürdig, sondern es wird gestärkt im Wettbewerb mit den USA und unseren südostasiatischen Wirtschaftspartnern.

Und last, not least, weil ich gerade von der Wirtschaft gesprochen habe: In der **Wirtschaftspolitik** wird es wichtiger denn je sein, dass wir uns richtig positionieren – ganz nebenbei: auch im Ausschuss für die Angelegen-

Gunther Krichbaum

- (A) heiten der Europäischen Union –, weil hier noch große Chancen auf uns warten, Stichwort: transatlantische Wirtschaftspartnerschaft. Wenn wir es schaffen, hier zu einheitlichen Standards zu gelangen, dann werden gerade wir in Deutschland davon wiederum überproportional profitieren.

Es gibt noch eine Menge zu tun. Wir wünschen Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, und der ganzen Bundesregierung alles Gute bei den weiteren Verhandlungen, die Sie sicherlich auch in der vertrauten Partnerschaft mit dem Deutschen Bundestag führen werden. Wir alle sind weiterhin davon überzeugt, dass unsere Zukunft in Europa liegt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Alexander Ulrich für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die deutsche Ratspräsidentschaft stand unter dem Motto „Europa gelingt gemeinsam“. Zum Ende der Ratspräsidentschaft müssen wir nun leider feststellen, dass „gemeinsam“ nicht bedeutet, dass man auch die Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Noch viel schlimmer für Deutschland ist aber, dass man noch nicht einmal das Parlament beteiligen will.

(B)

Ich möchte auf die **Vereinbarung** aufmerksam machen, die Herr Löning von der FDP vollkommen zu Recht schon erwähnt hat und die in einer Zeit verabredet wurde, als Sie, Frau Bundeskanzlerin, noch Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU waren, also zu Ihren Oppositionszeiten. Herr Kauder kennt diese Vereinbarung auch. Jeder hier im Hause kennt den Geist der Vereinbarung und weiß, dass im Vorfeld von solch wichtigen Entscheidungen der Bundestag natürlich beteiligt werden soll. Ich finde es merkwürdig, dass man zwar überall Pressekonferenzen gibt und zum Ende der Ratspräsidentschaft auch vor dem Europäischen Parlament in Brüssel ein Resümee zieht, aber hier im Bundestag keine Regierungserklärung abgibt und auch kein Einvernehmen anstrebt. Ich sage an dieser Stelle: Das ist nicht der Umgang, wie der Bundestag in die Europapolitik einbezogen werden soll.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Einen solchen Umgang sollten wir als Parlamentarier nicht durchgehen lassen. Mir erscheint es auch ein bisschen merkwürdig, dass heute zwar die Mitglieder der Bundesregierung sehr zahlreich hier erschienen sind, dass sich die Regierung aber einer Debatte verweigert, dass sie noch nicht einmal Stellung nimmt und auch jetzt wieder in eine Regierungskonferenz gehen will, ohne den Bundestag zu beteiligen.

Wir haben auf vielen europäischen Konferenzen – Herr Krichbaum, Sie wissen das auch – immer wieder gerade diese Vereinbarung des Deutschen Bundestages als nachahmenswertes Beispiel auch für andere Staaten erwähnt. Wir müssen jetzt eigentlich Abbitte leisten, weil die Bundesregierung schon beim ersten Mal, wo die Vereinbarung greifen könnte, einmal mehr macht, was sie will. Herr Krichbaum, ich verstehe nicht, warum Sie sich hier hinstellen und die Bundesregierung verteidigen, obwohl Sie heute Morgen bei den Obleuten noch eine ganz andere Auffassung vertreten haben.

(Beifall bei der LINKEN – Abg. Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Das stimmt ja nicht!)

Hinsichtlich der Bewertung der deutschen **Ratspräsidentschaft** werden wir uns auch nicht den vielen Lobeshymnen anschließen, die heute Morgen im Ausschuss angestimmt worden sind. Die Geschichte wird zeigen, dass die deutsche Ratspräsidentschaft einmal mehr dafür steht, dass Europa auch weiterhin in der Krise bleibt. Denn halten wir einmal fest: Der Gipfel im März war von der Diskussion über den **Klimaschutz** geprägt. Wir wissen, dass nichts dabei herausgekommen ist außer Absichtserklärungen. Es ist bis heute noch nicht klar, wie Europa und die einzelnen Staaten diese Klimaschutzziele erreichen wollen. Gerade Deutschland ist negativ belastet. Wenn alle geplanten Kohlekraftwerke gebaut werden, kann Deutschland die Klimaschutzziele nicht erreichen. Somit ist die Aufgabe des Klimaschutzes auf zukünftige Generationen verschoben worden. Es gibt nicht mehr als eine Absichtserklärung.

(D)

(Beifall bei der LINKEN – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darüber sollten Sie einmal mit Roland Claus reden!)

Wir stellen fest: Der **EU-Russland-Gipfel** ist gescheitert. Auch das bleibt zum Ende der Ratspräsidentschaft festzuhalten. Wir wissen, dass Europa in der Frage der Raketenabwehrsysteme in den osteuropäischen Staaten auseinanderdriftet. Auch da hat es die deutsche Bundesregierung nicht verstanden, deutlich zu machen, dass Europa mit einer Stimme sprechen muss. Letztendlich ist man auch bei der Verfassungsfrage gescheitert. Man spricht von dem EU-Gipfel als einem großen Erfolg, während nahezu alle Medien davon berichtet haben, dass man einem Totalschaden gerade noch entkommen ist. Ich glaube, dass es nicht hilfreich ist, eine Darstellung zu wählen, die weit von der Wirklichkeit der Menschen entfernt ist.

Ich muss an dieser Stelle auch sagen: Die Bürgerinnen und Bürger Europas, die dieses Wochenende mitbekommen haben, haben eher resigniert und sich von der Politik entfernt.

(Veronika Bellmann [CDU/CSU]: Da haben Sie offensichtlich geschlafen!)

Dieses Geschachere um Stimmrechte und die Tatsache, dass gedroht worden ist, dass man in Europa ohne **Polen** weitermachen will, ist kein Fortschritt für die europäische Idee; man hat vielmehr einmal mehr versucht, die

Alexander Ulrich

- (A) Position des Stärkeren gegenüber Schwächeren auszuspielen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sollten auch nicht den Fehler begehen, Polen alleine verantwortlich zu machen. Es gibt genug Länder, die auch dort waren und sich darüber gefreut haben, dass Polen diese Rolle übernommen hat. Gewisse Länder haben ein Interesse daran, dass die Stimmrechte anders verteilt werden.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Sie haben sich durch Herrn Kaczyński vertreten gefühlt?)

Wie oft sind schon Ausnahmen für England gemacht worden? Die Rhetorik der Polen ist sicherlich nicht akzeptabel, aber die Erpressungsversuche waren auch nicht akzeptabel; denn die Polen haben nichts anderes gemacht, als ein Recht zu nutzen, das ihnen die bestehenden Verträge lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb, glaube ich, kann man so nicht mit Polen umgehen. Es wäre die Aufgabe der Bundesregierung, für Entspannung zu sorgen.

Einmal mehr muss man aber auch festhalten: Europa hat Angst vor den Bürgerinnen und Bürgern. Die gescheiterte **EU-Verfassung** soll jetzt unter anderem Namen als Vertrag in einer Regierungskonferenz beschlossen werden. Man hat den Ausdruck „Verfassung“ gestrichen, um damit den Weg dafür freizumachen, dass in möglichst vielen Ländern diesem Vertrag nur noch per Parlamentsabstimmung zugestimmt zu werden braucht und er damit gerettet werden kann.

- (B)

(Zuruf von der SPD: Was heißt „nur“?)

Es wird wenige Ausnahmen geben, wahrscheinlich eine für Irland. Ich glaube, dass das der falsche Weg ist. Wenn die Substanz einer gescheiterten Verfassung nun in einem Vertrag ihren Niederschlag finden soll, dann wird versucht, etwas Gescheitertes an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei durchzusetzen. Deshalb bleiben wir die einzige Fraktion im Deutschen Bundestag, die eine europäische Volksabstimmung fordert; denn nur so ist Europa den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Löning, auch wenn Sie der Auffassung sind, dass **Frankreich** ein sozialistisches Land ist,

(Markus Löning [FDP]: Vom Staatsverständnis her auf jeden Fall!)

würde ich das nicht unterschreiben, auch wenn wir nicht unglücklich darüber sind, dass Sarkozy teilweise Vorschläge macht, die bedenkenswert sind, dass er zum Beispiel von einer Wirtschaftsregierung und einer Demokratisierung der EZB redet, dass er davon redet, dass die Politik der EZB auf mehr Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet werden müsste. Ich glaube, diese Forderungen könnten wir unterschreiben. Die spannende Frage wird sein, wie die hochgepreisene deutsch-französische Partnerschaft damit umgeht; denn aus Deutschland ka-

men sofort die Reflexe des Außenministers und des Bundesfinanzministers, dass man diese Politik ablehne. Diese wäre aber notwendig; denn eines haben wir auch gesehen: Es ist einmal davon geredet worden, dass Europa ein soziales und menschliches Antlitz brauche und zu dem Vertrag eine Dokumentation eines **sozialen Europas** hinzukomme. Was haben wir jetzt? Jetzt haben wir zwar den freien und unverfälschten Wettbewerb als Ziel gestrichen, gleichzeitig aber mit einer Protokollnotiz diesen wieder festgeschrieben. So werden die Bürgerinnen und Bürger leider kein soziales Europa erleben. Europa bleibt in der Krise. Die deutsche Bundesregierung hat alles dazu beigetragen, damit das auf absehbare Zeit so bleibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer Kurzintervention hat der Kollege Krichbaum das Wort.

Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

Herr Kollege Ulrich, Sie haben vorhin behauptet, ich hätte beim heutigen Treffen der Obleute eine andere Meinung vertreten. Das weise ich zurück. Ich glaube, es wurde sehr deutlich – das gilt auch für die Ausführungen in der heutigen Ausschusssitzung; Frau Bundeskanzlerin Merkel hat daran teilgenommen –, dass die Bundesregierung ein großes Interesse daran hat, mit dem Bundestag weiterhin sehr konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Ich bleibe dabei: Es gab einen Brief von Herrn Außenminister Steinmeier an uns, den Ausschuss. Vertreter der Bundesregierung haben dem Ausschuss mehrmals Rede und Antwort gestanden. Ich habe keinen Zweifel daran, dass das auch in Zukunft so sein wird. Es geschieht im Geiste der Vereinbarung über eine **Zusammenarbeit zwischen Bundestag und Bundesregierung**.

Sie sollten hier keinen Gegensatz konstruieren, wo es gar keinen gibt. Wir, Bundestag und Europaausschuss, werden die Regierungskonferenzen begleiten. Natürlich gehen wir davon aus – wir haben da keinen Anlass zum Zweifel –, dass sich die Bundesregierung um das Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag bemühen wird.

(Beifall des Abg. Manfred Grund [CDU/CSU])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Ulrich, Sie haben die Möglichkeit zur Erwiderung.

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Herr Krichbaum, ich habe sehr viel Respekt davor, dass Sie vor kurzem zum Ausschussvorsitzenden gewählt worden sind. Sicherlich spielt bei Ihrer Wortwahl hier noch ein wenig Dankbarkeit mit.

Auch Sie haben heute Morgen gesagt – Sie haben letzte Woche an einer Reise des Ausschusses teilgenommen; wir haben darüber beim heutigen Treffen der Obleute geredet –, dass Sie an diesem Punkt ein bisschen

Alexander Ulrich

- (A) diplomatisch sein müssen – das kann man nachvollziehen –, obwohl Sie eigentlich der Auffassung sind, dass das nicht im Geiste der Vereinbarung ist. Herr Krichbaum, ich möchte noch einmal sagen: Ich erwarte von Ihnen als Ausschussvorsitzenden – es geht hier nicht um Fraktionen; es geht auch nicht um politische Richtungen; es geht hier um die **Rechte des Parlaments** –, der den Weg, der zu dieser Vereinbarung geführt hat, mit beschriftet hat, dass Sie gerade jetzt, wo es losgeht, darauf dringen, dass die Bundesregierung ihre Verpflichtungen einhält.

Ich sage an dieser Stelle noch einmal – die FDP und Bündnis 90/Die Grünen sehen das ebenso; auch die SPD hat diesen Standpunkt heute Morgen geteilt –: Das, was da gemacht worden ist, entspricht nicht dem Geiste dieser Vereinbarung.

(Beifall bei der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Ein solcher Unsinn!)

Ich appelliere an Sie als Ausschussvorsitzenden, sich als Parlamentarier zu begreifen und nicht als jemanden, dessen Aufgabe es ist, die Politik der Bundesregierung umzusetzen. Wenn Sie das nicht tun, dann sind Sie, was den Ausschussvorsitz angeht, fehl am Platze.

(Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Das ist Blödsinn!)

Versuchen Sie nicht, die Rechte des Parlaments durch falsche Aussagen zu schwächen! Unsere Einschätzung der Ergebnisse dieser Regierungskonferenz, für die es eine große Mehrheit geben könnte, wird von der Bundesregierung leider falsch verstanden. In Zukunft wird man wieder sagen: Der Bundestag ist erst am Schluss der Debatten zu beteiligen. Ich wiederhole: Man sollte von Anfang an deutlich machen, dass das Parlament in europäische Angelegenheiten anders involviert werden muss, als es heute der Fall ist.

(B)

(Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Es ist doch beteiligt! Mehr denn je! Das Parlament war noch nie in dem Umfang beteiligt wie heute! Nehmen Sie das auch einmal zur Kenntnis!)

Notwendig wären diese Woche eine Regierungserklärung und eine Abstimmung über einen Entschließungsantrag dazu. Aber so wie jetzt geht es nicht. Ich erwarte von Ihnen als Ausschussvorsitzenden, dass Sie entsprechend handeln.

Noch einmal: Einvernehmen bedeutet nach unserer Auffassung nicht, dass die Bundeskanzlerin an einer Ausschusssitzung teilnimmt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Jürgen Trittin für die Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man über die Präsidentschaft Deutschlands spricht, dann

kann man natürlich ganz viel auflisten. Liebe Frau Kollegin Schwall-Düren, Sie haben versucht, hier eine erste **Bilanz** zu ziehen. Machen Sie sich einmal die Mühe, sich die Papiere anzuschauen, die die einzelnen Minister zu Beginn der Präsidentschaft vorgelegt haben, und vergleichen Sie es mit dem, was am Ende herausgekommen ist.

(C)

In diesem Zusammenhang müssen wir zum Beispiel über das Projekt Galileo, über den gescheiterten Plan des Vizekanzlers, die Übertragbarkeit von Betriebsrenten zustande zu bringen, usw. reden. Die Bilanz in den Fachbereichen ist also nicht so – um mich einmal höflich auszudrücken –, dass man von einem durchgehenden Erfolg sprechen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Herbert Schui [DIE LINKE])

Es ist der Bundeskanzlerin jedoch gelungen, den Stillstand in der Frage der **Verfassung** der Europäischen Union zu überwinden. Das wird bleiben – bei aller Kritik im Einzelnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich habe gesagt, dass ein Schritt dazu gelungen ist, die sogenannte Denkpause zu beenden und Maßnahmen zu ergreifen, um die Europäische Union auf eine neue Grundlage zu stellen. Da muss ich umso mehr fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen – ich schaue gerade ganz intensiv in Richtung der Union –, was das Herumgeizicke soll, wenn es darum geht, darüber eine öffentliche Debatte im Bundestag zu führen.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der FDP und der LINKEN – Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Die haben wir doch gerade!)

Wir haben Sie nachdrücklich dazu genötigt. Wir reden hier über die gemeinsame **Vereinbarung**, die Sie mit formuliert und mit unterschrieben haben. Darin steht: Verhandlungen zur Veränderung von Verträgen der Europäischen Union – damit auch die Regierungskonferenz – sind Vorhaben im Sinne dieser Vereinbarung. In dem Fall soll vor dem Beschluss des Rates

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Informiert werden!)

– nein! – das Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag gesucht werden.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Sie haben es nicht gelesen, Herr Kollege!)

Das Einvernehmen stellen Sie nicht durch eine Beratung ausschließlich im Ausschuss her.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn Sie das für zu spitzfindig halten, dann diskutieren wir das doch einmal politisch durch! Wir haben als

Jürgen Trittin

- (A) Europapolitiker gemeinsam immer kritisiert, dass Europa ein Legitimationsdefizit hat, weil dieses Europa nicht hinreichend transparent ist. Sie sagen jetzt auch: Wir wollen die EU auf eine neue vertragliche Grundlage stellen. Wir wollen, dass dabei die nationalen Parlamente gestärkt werden. – Das steht übrigens in dem neuen Grundlagenvertrag. – Aber die Verabredung mit der Bundesregierung soll hinter den geschlossenen Türen des Europaausschusses stattfinden. Europa ist mehr, als in der Kompetenz des Europaausschusses liegt. Der Deutsche Bundestag ist ein öffentliches Forum. Hier hat die Bundesregierung das Einvernehmen herzustellen. – Das ist mein Verständnis von Europapolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der FDP sowie bei Abgeordneten der
SPD und der LINKEN)

Das ist auch so unnötig gewesen; denn in der Sache sind wir doch gar nicht weit auseinander.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Na ja!)

Es ist gelungen, Grundlagen dieses Verfassungsvertrages zu erhalten. Die Stärkung der **Demokratie** ist in diesem Vertrag vorgesehen. Künftig gibt es weniger Einstimmigkeitsentscheidungen. Das heißt, künftig spielt das direkt gewählte Europäische Parlament eine größere Rolle. Es gibt verbesserte Möglichkeiten für die nationalen Parlamente. All dies sind Dinge, von denen ich nicht möchte, dass sie versteckt werden, wodurch solch falschen Anwürfen an die Verfassung, wie sie eben wieder zu hören waren, Raum gegeben wird. Es ist unklug, wie hier vorgegangen wird.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich hat es dabei auch Kröten zu schlucken gegeben, etwa die Ausnahmeregelung für die **Grundrechtecharta**. Aber wir müssen festhalten: Die Grundrechte bleiben, was europäisches Recht angeht, Bestandteil der Verfassung, und wir alle können uns darauf berufen.

Natürlich ist es problematisch, dass die doppelte Mehrheit erst ab einem späteren Zeitpunkt gilt.

Genauso wie ich gesagt habe, die Frau Bundeskanzlerin habe hier etwas erreicht, habe ich auch überhaupt kein Problem damit, lieber Herr Löning, Herrn Sarkozy zu loben. Herr Sarkozy hat auf einen Fehler hingewiesen, und der Fehler ist beseitigt worden. Es ist nicht so, dass unverfälschter **Wettbewerb** ein Ziel Europas ist. Das ist es nie gewesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Warum hat man damals als ersten Schritt die Montanunion gegründet? Doch nicht wegen des Wettbewerbs! Man hatte begriffen, dass wirtschaftliche Kooperation im Wettbewerb ein Mittel ist, den Frieden in Europa zu sichern. Das war das Verständnis von Monnet und all denjenigen, die in der Geburtsstunde der Europäischen Union dabei gewesen sind. Dass wir das wieder klargestellt haben, ist kein Fehler, sondern eine richtige Kor-

rektur an dem Verfassungsvertragsentwurf. – So verstehe ich Europa. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Letzte Bemerkung. Ich höre mit Sorge, dass diejenigen, die in Brüssel zu diesem Auftrag für die **Regierungskonferenz** ihr Ja gegeben haben, schon wieder dazu übergehen, das, was sie selbst gesagt haben, zu vergessen und dagegen zu opponieren. Es wird nicht leicht werden. Aber ich glaube, dass wir als Deutscher Bundestag hier mit allem Nachdruck darauf dringen müssen, dass die Regierungskonferenz schnell – das heißt, möglichst unter der portugiesischen Präsidentschaft – zu einem Ergebnis kommt. Ich schaue da gar nicht zu unseren polnischen Nachbarn. Ich habe sehr wohl registriert, in welcher geschickter Art und Weise sich Großbritannien – die britische Vorstellung von Europa ist die eines Bündnisses von Staaten in einer Freihandelszone – hinter dem rabulistischen Vorgehen Polens versteckt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, dass wir sehr schnell zu Ergebnissen kommen müssen, und zwar aus ganz zwingenden Gründen. Man kann zum Beispiel sagen, dass sich Europa beim Thema Kosovo bisher nicht gut aufgestellt hat, weil wir zu sehr auf die Russen vertraut haben. Aber eines müssen wir doch sicherstellen: Wir dürfen uns in dieser Frage vor unserer Haustür nicht erneut in einer Weise spalten lassen, wie das gerade in der Diskussion um die Raketenabwehr geschehen ist.

Selbstverständlich wird das, was bisher nur als Auftrag formuliert ist, in der Regierungskonferenz auszuformulieren sein. Europa muss in eigenem Handeln und mit eigener Zielsetzung eine Antwort auf die globale Herausforderung schlechthin geben, nämlich auf die Frage des Klimawandels und wie wir künftig effizient und solidarisch an Energie kommen. (D)

In diesem Sinne wünsche ich der Regierungskonferenz viel Erfolg. Verstecken Sie das, was Sie da machen, nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Michael Roth für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Bundeskanzlerin, Sie sind eine gute Gipfelstürmerin. Ich richte meinen Dank an die Bundesregierung als Ganzes, die eine hervorragende Teamarbeit abgeliefert hat; das kann man gar nicht anders sagen. Es wäre sicherlich auch wert gewesen, diese gute Teamarbeit in einer **Regierungserklärung** zum Ausdruck zu bringen und darüber noch einmal gegenüber dem gesamten Deutschen Bundestag Rechenschaft abzulegen, zumal die vier **Erwartungen**, die der Deutsche Bundestag in einem Entschließungsantrag formuliert hat, erfüllt wor-

Michael Roth (Heringen)

- (A) den sind: die Rechtspersönlichkeit der Europäischen Union – erfüllt; die Überwindung der Pfeilerstruktur der Europäischen Union – erfüllt; die Rechtsverbindlichkeit und Einklagbarkeit der Grundrechtecharta – erfüllt; das weitgehende Festhalten am Institutionenkompromiss – erfüllt. Das verdient Lob und Anerkennung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dennoch, wir wären nicht verantwortungsvoll, wenn wir nicht auch den Finger in die europäische Wunde legen. Ich beklage – das werfe ich Ihnen und der Bundesregierung als Allerletztes vor –, dass das gemeinsame **Fundament** an Überzeugungen innerhalb der Europäischen Union brüchig geworden ist. Dabei kritisiere ich nicht, dass man zockt. Ich kritisiere nicht, dass man kontrovers verhandelt. Ich kritisiere auch nicht, dass man Scheinkonflikte etwas aufbauscht. Ich kritisiere auch nicht, dass man noch einmal über die Institutionen redet. Ich kritisiere aber, dass beispielsweise bei der Grundrechtecharta etwas, was selbstverständlich sein sollte, nicht mehr selbstverständlich ist: dass diese Grundrechtecharta überall, für alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, gilt. Mit stolz geschwellter Brust ziehen wir durch die Welt und sagen: Wir sind eine Wertegemeinschaft. Im Hinblick auf die Grundrechtecharta müssen wir jedoch sagen: Diese gilt für alle, mit Ausnahme der Briten. Natürlich wird der Europäische Gerichtshof das zu heilen versuchen, das können wir nur hoffen. Aber was für ein Symbol ist das, wenn wir mit den Staaten in einen kontroversen Dialog eintreten, in denen die Menschenrechte, die Grundrechte, die Freiheitsrechte mit Füßen getreten werden? Das ist peinlich und beschämend. Das muss man auch an einem solchen Tag ansprechen dürfen.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Ebenso ist das Mandat – auch das werfe ich Ihnen nicht vor – von einem Geist der Abwehr geprägt. Wenn man beispielsweise hineinschreibt, dass die **Kompetenzen**, über die die Europäische Union gegenwärtig verfügt, wieder auf die nationale Ebene zurückgeholt werden können, dann ist das nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit. Aber wo wird deutlich, dass mit der Europäischen Union Chancen verbunden sind und dass wir gerade dann handeln wollen und müssen, wenn der Nationalstaat alter Prägung nicht mehr so entscheiden kann, wie das die Bürgerinnen und Bürger von der Politik erwarten? Dieses Modell der Einhegung, dieses Kleinmachen des europäischen Integrationsgedankens, finde ich traurig.

Mich hat auch enttäuscht, dass wir mit den Bürgerinnen und Bürgern nicht ehrlich umgehen. Ein Vorteil des Verfassungsvertrages bestand ja gerade in seiner Klarheit: Selbstverständlich setzt die Europäische Union Recht. Deswegen wird eine Verordnung zukünftig nicht mehr Verordnung genannt, sondern Gesetz. Deswegen wird eine Richtlinie zukünftig nicht mehr Richtlinie genannt, sondern Rahmengesetz. Das hätte auch deutlich gemacht: Die Europäische Union hat selbstverständlich etwas mit Staatlichkeit zu tun. Wir wollen das überhaupt

- nicht verstecken; vielmehr wollen wir es den Menschen erklären, und wir sollten selbstbewusst dazu stehen. (C)

Ebenso finde ich es merkwürdig, dass im Europäischen Rat über ein Politikfeld gestritten wurde, zu dem es seitens der Bürgerinnen und Bürger aller 27 Mitgliedstaaten, auch der in Großbritannien, ein hohes Maß an Zustimmung gibt: Ich meine die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Dass hier einige Staaten versucht haben, nationale Reservate zu retten, wird der Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dass die Symbole wegfallen, wurde schon mehr oder weniger häufig gesagt. Ich habe heute Morgen in der Zeitung gelesen, dass der Bundestagspräsident den Abgeordneten genehmigt, auf Bundestagskosten in ihren Büros eine Nationalflagge aufzustellen.

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Das war die Zeitung von vorgestern!)

Ich würde mich darüber freuen, wenn es dem einen oder anderen Kollegen ermöglicht würde, auch die Europafahne auf Kosten des Bundestages zu bekommen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Wir nehmen eigenes Geld dafür!)

Das wäre ein schönes Symbol in unseren Büros. Das würde deutlich machen: Wir sind Europäerinnen und Europäer und stehen zu dieser Flagge.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP) (D)

Sicherlich ist auch Skepsis gegenüber der Regierungskonferenz erlaubt: Keine Trickereien mehr auf Regierungskonferenzen! Wir können nur den Kolleginnen und Kollegen in **Portugal** alles Gute wünschen. Ich bin über die bisherigen Signale sehr erfreut. Portugal wird unter Beweis stellen, dass sich die Größe eines Staates in der Europäischen Union nicht ausschließlich am Bruttoinlandsprodukt und an der Zahl der Bürgerinnen und Bürger bemisst. Die Größe eines Staates kommt vielmehr durch Haltung, durch Geist, durch konstruktives Miteinander und durch gelebte Solidarität zum Ausdruck. Luxemburg ist deshalb ein großes europäisches Land. Das ist ein Land, das Europa vorangebracht hat, auch wenn es nur etwa 500 000 Einwohner hat. Schlimm an den polnischen Forderungen fand ich es, dass hier eine Hürde zwischen den vermeintlich kleinen und den vermeintlich großen Staaten aufgebaut wurde. Nein, die wirklich großen Staaten sind auch die kleinen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Deutschland ist stets gut damit gefahren, sich als Sachwalter der Interessen der kleinen Mitgliedstaaten zu positionieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU])

Zu dieser Tradition haben wir uns immer wieder bekannt. Auch das möchte ich hier bemerken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundeskanzlerin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die verstärkte

Michael Roth (Heringen)

- (A) Zusammenarbeit nicht das Allheilmittel ist, um Europa voranzubringen. Die mangelhafte **parlamentarische Legitimation** der Europäischen Union ist heute im Europa-Ausschuss angesprochen worden. Ich sehe das ähnlich wie die Kolleginnen und Kollegen. Angesichts des brüchigen Fundaments an Gemeinsamkeiten frage ich mich jedoch, wie die 27 Mitgliedstaaten gemeinsam vorankommen können. Dabei wäre es wichtig, gegenüber der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen: Wir sind handlungsfähig nach innen und nach außen. Ich habe dafür, wie das funktionieren könnte, noch kein Patentrezept. Aber wir werden uns hier im Bundestag noch einmal darüber zu unterhalten haben, wie wir der Entsolidarisierung auf der europäischen Ebene sinnvoll begegnen können.

In diesem Zusammenhang, lieber Kollege Löning, halte ich es für absolut notwendig, zu einem Paradigmenwechsel bei der Europäischen Union zu kommen. Wir brauchen diesen Paradigmenwechsel: Wir müssen weg von der einseitigen Konzentration auf Wirtschaftsfragen. Wir brauchen mehr gelebte Solidarität und auch wieder mehr Gemeinsamkeit. Ich hoffe, dass mit der deutschen Ratspräsidentschaft Anstöße hin zu einem solchen Paradigmenwechsel geliefert werden konnten.

Der **verfassungsgebende Prozess** wird selbstverständlich auch mit der portugiesischen Präsidentschaft nicht zu einem Abschluss gebracht. Es wird weitergehen müssen, weil – das spüren wir ja alle – die entscheidenden Regelungen, die jetzt im Grundlagenvertrag verankert wurden, wahrscheinlich nicht ausreichen werden, um die EU zu demokratisieren und für die nächsten zehn, 15 bzw. 20 Jahre fit zu machen.

- (B)

Aber, Frau Bundeskanzlerin, Ihnen sollte stets klar sein, dass das Parlament mehr Verantwortung übernehmen will und wir Ihnen unsere Partnerschaft anbieten. Dabei ist es für mich weniger wichtig, ob die Parlamente die Einhaltung der Subsidiarität auf EU-Ebene kontrollieren können. Für mich ist viel wichtiger, welche Rolle die nationalen Parlamente innerstaatlich wahrnehmen, wie wir uns in den europäischen Integrationsprozess einbringen. Ich hätte erwartet, dass man die Vereinbarung zwischen Bundesrat und Bundestag so interpretiert, wie wir das fraktions- und parteiübergreifend in dem Gremium, in dem auch Kolleginnen und Kollegen aus der Bundesregierung vertreten waren, festgestellt haben. Ich hoffe, dass wir so schnell wie irgend möglich zu dem fraktions- und parteiübergreifenden Konsens zurückfinden.

Ich wünsche der portugiesischen Präsidentschaft alles Gute. – Die deutsche Präsidentschaft hat eine gute Arbeit geleistet. Hoffentlich trägt uns dieser gute Geist in den nächsten Monaten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Petra Pau:

(C)

Das Wort hat der Kollege Thomas Silberhorn für die Unionsfraktion.

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dazu, dass die Opposition diese Debatte nutzt, um mit scharfen Worten darauf aufmerksam zu machen, dass sie die Bundesregierung gerne noch viel ausführlicher für den Erfolg der Ratpräsidentschaft gelobt hätte und gerne noch mehr selbst an dem Erfolg teilhätte, kann ich nur sagen: Anschaulicher könnte man nicht dokumentieren, welch glänzender Erfolg diese deutsche Ratspräsidentschaft im vergangenen halben Jahr gewesen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die gesamte Bundesregierung hat mit ihrem Einsatz während des zurückliegenden halben Jahres dazu beigetragen, dass unser Land in der Europäischen Union und weit darüber hinaus eine wachsende Wertschätzung genießt. Dafür sage ich allen beteiligten Mitgliedern der Bundesregierung meinen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte besonders der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel danken, die erneut ein außerordentliches Verhandlungsgeschick unter Beweis gestellt hat.

Die Kanzlerin hat mit vollem Einsatz gekämpft, ist ein hohes Risiko gegangen und hat gewonnen. Das verdient Respekt und Anerkennung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Hierzu, meine Damen und Herren von der Fraktion der Grünen, hätte ich mir auch Ihnen Applaus gewünscht. Denn diese Worte stammen nicht von mir, sondern von Ihrem ehemaligen Außenminister Joseph Fischer, der das in einem Namensartikel in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 26. Juni so veröffentlicht hat.

(Volker Kauder [CDU/CSU], zum BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewandt: Der Applaus kann nachgeholt werden! Bitte! – Beifall des Abg. Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte aber doch nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass bereits der Frühjahrsgipfel vom März ein außerordentlicher Erfolg gewesen ist, nicht nur was die Senkung von Bürokratiekosten und die Ziele zur Stärkung der Energiesicherheit, sondern auch was die ehrgeizige Klimaschutzpolitik angeht, die die Europäische Union dort vereinbart hat. Ich kann es nicht hinnehmen, dass das hier als bloße Absichtserklärung abgetan wird. Die Europäische Union hat damit eine weltweite Vorreiterrolle eingenommen, und die Fortschritte, die anschließend in der Klimaschutzpolitik beim G-8-Gipfel erzielt worden sind, wären ohne diesen Frühjahrsgipfel überhaupt nicht denkbar gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Thomas Silberhorn

- (A) Die Europäische Union hat bereits bei diesem Frühjahrgipfel, für den auch unserem Bundeswirtschaftsminister Michael Glos ausdrücklich Dank gebührt, unter Beweis gestellt, dass sie die zentralen Fragen anpackt, auf die unsere Bürger auch europäische Antworten erwarten.

Der Gipfel in Brüssel hat nun den Weg zu einem neuen Reformvertrag geebnet. Zu Beginn des Jahres 2007 hat noch niemand erwartet, dass wir über einen bloßen Zeitplan hinauskommen werden. Nun haben wir ein vollständiges Mandat für eine Regierungskonferenz vorliegen, das alle inhaltlichen Fragen bereits mitbehandelt. Das ist deutlich mehr, als zu erwarten war. Die Bundesregierung hat dieses enge Zeitfenster also optimal genutzt.

Ich begrüße insbesondere, dass die **institutionellen Reformen** im Wesentlichen gelungen sind. Es gibt keine substanziellen Abstriche, allerdings einige zeitliche Verzögerungen. Dass der Rat nun im Regelfall mit qualifizierter Mehrheit entscheidet, dass das Prinzip der doppelten Mehrheit, also einer Mehrheit der Mitgliedstaaten und der Bevölkerungszahl, eingeführt wird, dass die Stellung des Kommissionspräsidenten gestärkt wird, dass der Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik mit einem Doppelhut, also als Mitglied des Rates und als Vizepräsident der Kommission, agiert, das alles stärkt die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union nach innen und außen. Damit ist ein wesentliches Ziel dieses Reformvertrages und des Verhandlungsprozesses der letzten Jahre erreicht worden.

- (B) Ich halte es auch für begrüßenswert, dass die **Zuständigkeiten** zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten noch besser abgegrenzt werden als bisher. Allein die Klarstellung, dass die Europäische Union ausschließlich innerhalb der ihr übertragenen Kompetenzen tätig werden darf, verdient Beachtung. Nach meiner Einschätzung wäre unter dieser Prämisse manche Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs aus den letzten Jahren nicht mehr möglich.

Hinzu kommt, dass die Mitgliedstaaten im Falle geteilter Zuständigkeiten ihre Kompetenzen wieder wahrnehmen können, soweit die Europäische Union sie nicht mehr ausübt. Es kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, dass die Flexibilitätsklausel, die in den zurückliegenden Jahren immer wieder für unangemessene Kompetenzerweiterungen missbraucht worden ist, keine Rechtsgrundlage für faktische Vertragsänderungen mehr darstellen darf. Im Gegenteil: Vertragsänderungen müssen förmlich erfolgen. Wenn man das ernst nimmt – darum bitte ich auch die Bundesregierung –, dann müsste die Kommission ihre Praxis im Vorschlagsrecht deutlich ändern.

All diese Vorschriften zur Kompetenzordnung einschließlich der ausdrücklich aufgeführten Möglichkeit, Kompetenzen wieder zurückverlagern zu können, schaffen insgesamt mehr Transparenz und damit auch mehr Akzeptanz bei den Bürgern, weil sie nun erkennen können, wer wofür zuständig ist und wer Verantwortung trägt.

- (C) Dieser Reformvertrag wird schließlich auch mehr Bürgernähe schaffen. Nicht nur die Grundrechtecharta, die für rechtsverbindlich erklärt wird und die den Unionsbürgern ermöglicht, sich auf ihre Grundrechte gegenüber den Organen der Europäischen Union zu berufen, sondern auch die Möglichkeit eines Volksentscheids und die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente schaffen insgesamt mehr Bürgernähe.

Ich will nicht verhehlen, dass ich die Fortschritte hinsichtlich einer besseren **Beteiligung der nationalen Parlamente** für eher bescheiden halte. Aber ich sehe doch die Chance, dass die Subsidiaritätskontrolle etwas effizienter ausgeübt werden kann als bisher. Dies gilt insbesondere deswegen, weil Subsidiaritätsrügen nun nicht mehr folgenlos bleiben müssen und ein Kommissionsvorschlag sogar verworfen werden kann, wenn eine Mehrheit im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat einen Subsidiaritätsverstoß annimmt.

Ich meine, dass die nationalen Parlamente, insbesondere der Deutsche Bundestag, in diesem Verhandlungsprozess eine konstruktive Rolle gespielt haben. Wir sind bereit, dem Mandat der Regierungskonferenz fraktionsübergreifend unser Einvernehmen auszusprechen. Deswegen appelliere ich an die Bundesregierung, sich um dieses Einvernehmen nicht erst dann zu bemühen, wenn sich Widerspruch erhebt. Denn sonst müssten wir uns eingeladen fühlen, Widerspruch zu erheben, was ersichtlich niemand will.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das war jetzt gelebte Zivilcourage!)

(D) Ich bitte also darum, dass die Bundesregierung den Bundestag aktiv mit einbezieht. Die parlamentarische Diplomatie ist bisweilen hilfreich, wenn es um Verhandlungen im Europäischen Rat geht. Der Bundestag hat viele Kontakte gerade zu Abgeordneten aus Frankreich, aus den Niederlanden, auch aus Tschechien und Großbritannien – also gerade aus den Ländern, die am stärksten Kritik am europäischen Verfassungsvertrag geübt haben – in den letzten Jahren genutzt. Ich denke, das hat den Verhandlungsprozess insgesamt erleichtert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Dafür kriegst du Applaus!)

Diese Präsidentschaft ist ein glanzvoller Erfolg gewesen. Es könnte jetzt so weitergehen. Aber zu meinem Bedauern wird erst mit dem Reformvertrag die Vorschrift eingeführt, dass die Präsidentschaft im Europäischen Rat auf zweieinhalb Jahre verlängert wird. So bleibt uns nichts anderes übrig, als den Stab an die Portugiesen weiterzugeben, denen ich viel Erfolg und alles Gute im nächsten halben Jahr wünsche.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Zustimmung des Abg. Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(A) **Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/5882 und 16/5888 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

(C)

(B)

(D)